

NEWSLETTER

“SWISS-BALTIC CHAMBER OF COMMERCE SBCC”

Vertreter von OSEC und SEC in Kooperation mit SIPPO und SOFI

Mitglied der Dachorganisation SwissCham

Regelmässige Herausgabe seit 1998

www.swissbalticchamber.com, e-mail: swisschamber@sbcc.ee

Kiriku 2, EE-10130 Tallinn, Estland

Tel.: +372 645 09 16, Fax: +372 631 15 77

10 Seiten Datum: 8.06.2007

WIRTSCHAFT

SIPPO im Hinblick auf G8

(Wü) Das Thema “Globalisierung“ derzeit ein medialer Dauerbrenner, erhitzt nicht wenige Gemüter. Einige fragen sich, was “Globalisierung“ überhaupt ist. Der gemeinsame Sauerstoff, die Luft, die Ökologie insgesamt, ist schliesslich Global, also globalisiert. Ist der “Protest gegen die Globalisierung“ nicht damit vergleichbar, wie wenn gegen die Schwerkraft (Gravitation) protestiert würde? Diese kann zwar unterschiedlich genutzt werden, etwa zur Erzeugung von Elektrizität, aber auch zur Erzeugung von Überschwemmungen durch unsachgemässe Kanalisierung von Flüssen. Die Gravitation als solche kann nicht in Frage gestellt werden. Sie besteht ohne unser Zutun.



Daher ist die Frage die: *W i e* wird Globalisierung genutzt und nicht, hat sie eine Berechtigung oder nicht.

An der ordentlichen Generalversammlung der SwissCham neulich in Diessenhofen war vom CEO der Osec (*business network switzerland*), Daniel Küng, (Links im Bild) zu hören, dass das so genannte SIPPO- Programm, *Swiss Import Promotion Programm* unter der

Leitung von Markus Stern (Rechts im Bild), welches derzeit als selbständige Organisation über 20 Programme der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit durchführt, zum neuen Jahr im Rahmen der Neuausrichtung der Schweizer Wirtschaftsförderung vollends in die Osec eingegliedert werden soll, falls es nicht plötzlich beim DEZA, der *Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit* landet, was scheint's einige Abgeordnete fordern. Es entstand die Frage, ob der Exportanbieter gleichzeitig auch der Importförderer für Entwicklungsländer sein kann. Ob es nicht mehr Sinn macht, beide Akteure selbständig arbeiten zu lassen, wobei sie sich im Bedarfsfalle jedoch absprechen, wenn Interessenkonflikte bestehen.

SIPPO ist eindeutig ein Entwicklungshilfeprogramm, ganz nach dem Gusto derer, welche die reichen Industrieländer auffordern, den Exportbemühungen in den Entwicklungsländern eine echte Exportchance, nicht nur für Rohstoffe, sondern vor allem für verarbeitete Produkte mit Wertschöpfung einzuräumen, um Arbeitsplätze und Einkommen zu schaffen. Zu denen gehören heute nicht nur einige Gesundheits- und Ökofreaks, sondern zahlreiche ernstzunehmende Wirtschaftsexperten und Politiker, wie sie derzeit weltweit in den Medien zu hören und zu sehen sind. Und dies vor allem deshalb, weil es gilt, die Abwanderungsströme aus den Entwicklungsländern in Richtung Europa zu stoppen oder wenigstens zu minimieren. Export- und Importförderung können nicht einfach vermischt

werden, monieren Kritiker einer Integration des SIPPO- Projektes in die nationale Exportförderung der Schweiz.

Zum Beispiel kostet in Borkina Faso ein Liter Milch im Laden das dreifache des in demselben Regal liegenden von den Industriestaaten subventionierten Milchpulvers, sodass das hauseigene Produkt Milch bei den Ärmsten der Armen kaum eine Chance hat, gekauft werden zu können. Ein Baumstamm aus dem Regenwald kann so lange zollfrei im Industrieland eingeführt werden, solange derselbe Baumstamm im Erzeugerland nicht zu Möbeln verarbeitet wird, war neulich vom deutschen Ex- CDU-Minister Klaus Töpfer, heute UNO-Umweltexperte, zu erfahren. Wird derselbe Baumstamm dagegen in brauchbare Holzprodukte im Erzeugerland umgewandelt und exportiert, unterliegt er hohen Zöllen, sodass das Produkt kaum eine Chance hat, im Empfängerland seinen Markt zu finden. Ähnliche Beispiele gebe es viele, war anlässlich des G8-Gipfels in führenden Medien zu vernehmen.

Solange die baltischen Staaten nicht Mitglied in der EU waren, genossen einige Hundert Firmen aus diesen Ländern das Privileg, am SIPPO-Programm partizipieren zu dürfen. Dadurch wurden neben marktgerechten Produkten und exportfähigen Firmen auch wertvolle Wirtschaftskontakte geschaffen, die dann nach Bedarf auch auf der Schweizer Exportseite genutzt werden können, gerade dann, wenn SIPPO im Vorfeld zunächst selbständig agiert hat. Zwar waren die baltischen Staaten keine Entwicklungsländer, doch als Transitionsländer entstammten sie einer maroden Mangelwirtschaft sowjetischen Zuschnitts.

Heute zählen diese Länder zu den erfolgreichen Wirtschaftsveranstaltungen in Europa. Noch immer begegnen wir Unternehmern, welche mit grosser Dankbarkeit auf die Zeit zurückblicken, als sie mittels SIPPO-Unterstützung an Exportförderseminaren teilnehmen konnten, oder an internationalen Messen in Hannover, Paris, London oder Brüssel. Davon wird sich die Schweizer Wirtschaftsministerin überzeugen können, wenn sie, wie sie am Rande der SwissCham Generalversammlung durchblicken liess, im kommenden Jahr allenfalls Estland einen Besuch abstatten wird und dies dem Kammerpräsidenten der SBCC aus Tallinn neulich erläuterte.



Es bleibt zu hoffen, dass das SIPPO-Programm der Schweiz weiterhin dienlich sein wird, selbst wenn es in die Gesamtstruktur der Osec eingefügt werden sollte. Denn das Know-how der erfahrenen SIPPO-Belegschaft unter ihrem Leiter Markus Stern verdient grösste Anerkennung, besonders wenn man den Focus auf jene Partner richtet, mit denen SIPPO in den Entwicklungsländern seit seinem Bestehen erfolgreich zusammenarbeitet. Die Schweiz darf sich mit diesem Projekt auf der internationalen Bühne sehen lassen und dabei deutlich machen, dass sie seit vielen Jahren mit SIPPO genau das leistet, was in Zeiten wirtschaftlicher Globalisierung angesagt ist: Nämlich den Entwicklungsländern eine echte Exportchance für Fertigprodukte zu geben, eben ganz im Sinne von SIPPO. Mit ihrem verhältnismässig geringen Budget sind solche Projekte, wie SIPPO, oft effizienter, als Grossangelegte Entwicklungsgeldzahlungen an Regierungen in Entwicklungsländern etwa in Afrika. Es hat sich ausserdem gezeigt, dass so genannte direkte Minikredite an Kleinunternehmen in Entwicklungsländern ausserordentlich effektiv sein können. Am Beispiel Bangladesch wurde neulich in der ARD gezeigt, dass die Armut in dem Land durch zahlreich erteilte Minikredite an Kleinstunternehmen bereits sichtbar reduziert

werden konnte. Inzwischen haben sich auch Grossbanken wie die CS für die Erteilung solcher Mikrokredite stark gemacht. Über 90 % solcher Kredite würden pünktlich zurückgezahlt, war zu vernehmen.

Nach Estland entdeckt die Credit Suisse nun Bulgarien



(BN) Nachdem die Credit Suisse letztes Jahr mit 40 Teilnehmern Tallinn einen Besuch abgestattet hat, ist sie nun im Aufbruch nach Sofia. Vom 5.-8. Juni 2007 werden Exponenten aus Politik und

Wirtschaft sowie Unternehmen den CS-Gästen einen Einblick in den osteuropäischen Staat verschaffen.

Ein starkes Wirtschaftswachstum und der soeben erfolgte Eintritt in die Europäische Union treiben derzeit Bulgarien an. Die bulgarische Wirtschaft wird in den kommenden Jahren ein stabiles Wachstum erwirtschaften und benötigt dafür einen hohen Investitionsbedarf. Das Land hat zusammen mit seinen osteuropäischen Nachbarstaaten in den letzten Monaten einen immer wichtigeren Platz auf der Landkarte als Brückenkopf zwischen Europa und Asien erworben.



Mit diesem "Interaktive Fieldtrip" nach Sofia setzt die Credit Suisse die Reihe von Veranstaltungen rund um neue Märkte konsequent fort. Durch die Verbesserungen der wirtschaftlichen Situation beginnen sich

immer mehr ausländische Investoren für das Land im Osten Europas zu interessieren. Begonnen hat diese Reihe im Juli 2006 in Tallinn, bei welcher die Gäste schon damals den Puls von Politik (u.a. mit dem estnischen Premierminister Andrus Ansip) und Wirtschaft (Firmenbesuche bei Elcoteq, Ou JOT Eesti und Trüb Baltics) hautnah spüren konnten. In Fortführung der sehr guten Erfahrungen mit der *Swiss-Baltic Chamber of Commerce in Estland* wird auch die jetzige Bulgarien-Reise in Zusammenarbeit mit der dort ansässigen Bulgarian-Swiss Chamber of Commerce durchgeführt.

(Fotos: V.L.n.R: CS-Manager Arthur Vayloyan und Beat Nüesch, Premierminister Andrus Ansip, „IT- Guru“ Linnar Viik. Bild Eingang: Sofia)

Der Präsident der estnischen Nationalbank kritisierte die Haushaltspolitik



Der Präsident der Estnischen Nationalbank, Andres Lipstok, kritisierte in seiner in der Kurortstadt Haapsalu stattgefundenen Unternehmerkonferenz gehaltenen Rede, stark die Haushaltspolitik der estnischen Regierung. „Die Regierung gewann an billiger Popularität, indem sie die Höhe des vorher versprochenen Haushaltsüberschusses änderte“, sagte Lipstok. Die Regierung sah, dass 5 Mrd. übrig sind und dachte, warum sollten wir dieses Geld nicht gleich ausgeben, so Lipstok. Er deutete darauf hin, dass die Regierung zuerst versprach, einen Haushalt zu machen, der einen 1,5% (vom BIP) hohen Überschuss hat. In der vergangenen Woche segnete die Regierung aber ihre Haushaltsstrategie, die einen Überschuss von 1,5% vom Gesamtumfang des Staatshaushaltes vorsieht. Lipstok fügte hinzu, dass die Zahl gleich aussieht. Der reale Unterschied sei aber viel grösser. Laut Prognosen der estnischen Nationalbank wären 1,5% des BIP im kommenden Jahr bis zu vier Mrd. Kronen. Der Haushaltsüberschuss für 2008 wird aber voraussichtlich 3 Mal niedriger sein.

Andres Lipstok sagte, dass eine konservative Haushaltspolitik angesichts der nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung Estlands von lebenswichtiger Bedeutung sei. Der Bankpräsident zweifelte auch daran, dass die von der Regierung geplanten Steuererhöhungen zur Verringerung der Inflation führen. Die Zentralbank analysierte vor sechs Monaten den Einfluss der Steuerveränderungen auf die Inflation und kam zum Schluss, dass der gewünschte Effekt nicht erreicht wird. „Wenn wir die auf die Lebensmittel gesetzte Mehrwertsteuer reduzieren, warum sollte auch der Lebensmittelhändler gleich seine Preise senken?“ fragte Lipstok. Den genauen Einfluss der Erhöhung der Verbrauchssteuer auf die Inflation könne laut ihm aber erst im nächsten Jahr analysiert werden.

Estnischer Finanzminister versprach keine weiteren Steuererhöhungen



Der estnische Finanzminister Ivari Padar sagte während der ersten Lesung der Gesetzesänderungen über die Erhöhung der Verbrauchssteuer, dass sein Ministerium in der näheren Zukunft keine weiteren, wesentlichen Steuererhöhungen plane. Er fügte jedoch hinzu, dass ein Thema längere Diskussionen und eine gründlichere Analyse brauche. „Hier handelt es sich um ökologische Besteuerung, d.h., was der Umweltverschmutzer für seine Taten zahlt“, sagte der Minister. Es sei ein Themenbereich, welche die Regierung in den kommenden vier Jahren aktiv behandeln und nach besseren Lösungen suchen werde.

Der Zentralverband der Estnischen Gewerkschaften ist gegen die Beschäftigung von Gastarbeitern

Der Vorstand des Zentralverbandes der Estnischen Gewerkschaften diskutierte in dieser Woche die Frage der Gastarbeiter und äusserte seinen Standpunkt, dass Estland billige Gastarbeiter nicht brauche. Die Beschäftigung von billigen Arbeitskräften aus dritten Ländern wäre laut Gewerkschaften fatal für die estnische Wirtschaft. Der Wunsch, billige Gastarbeiter zu beschäftigen und damit das Gehaltsniveau niedrig zu halten, habe einen negativen Einfluss auf die internationale Konkurrenzfähigkeit Estlands. „Wenn wir weiterhin die Politik der niedrigen Gehälter betreiben, sägen die Unternehmer den Ast ab,



auf dem sie sitzen“, sagte der Vorsitzende des Zentralverbandes Harri Taliga. „Estland braucht Arbeitsstellen, die neue Werte schaffen. Für qualitativ gute Arbeit muss auch ein würdiger Lohn bezahlt werden.“ Die Gewerkschaften begrüßen den Plan der Regierung, eine Bestimmung einzuführen, laut der die mit einem Visum nach Estland kommenden Gastarbeiter einen Lohn bekommen müssen, der dem Durchschnitt des jeweiligen Wirtschaftszweiges entspricht. „Dieser Schritt hilft uns Situationen zu vermeiden, wo Gastarbeiter auch nur den Mindestlohn beziehen dürfen“, sagte Taliga.

Estland muss von der Erfahrung anderer Staaten lernen und einsehen, dass es keinem Staat gelungen ist, Gastarbeiter vorübergehend einzusetzen. Die Gastarbeiter bleiben ständig im Lande und bringen später auch ihre Verwandten mit. Die internationale Erfahrung zeugt davon, dass die Beschäftigung von Gastarbeitern den Unternehmern hilft, während 5 bis 10 Jahren Gewinne zu verdienen. Es sei unvermeidlich, dass diese Politik später zahlreiche soziale Probleme mit sich bringe, die dann der ganzen Gesellschaft zur Last fallen würden.

Adidas öffnet in Litauen eine Vertretung

Der Sportwarenhersteller Adidas will noch in diesem Jahr in Litauen eine Vertretung öffnen und ihre Einzelhandelskette über das ganze Baltikum expandieren. Das Ziel der Firma Adidas ist es, die marktführende Position des Konkurrenten „Nike“ in den baltischen Ländern zu übernehmen. Die Litauischen Experten der Sportwarenindustrie sagen, dass die Konkurrenz auf dem Markt extrem hoch sei. Abgesehen davon schätzen sie das Wachstumspotential des Marktes in diesem Jahr auf 20%. Im vergangenen Jahr öffnete Adidas in den baltischen Ländern sieben Geschäfte, fünf davon befinden sich in Litauen.

Scania Latvia ist auf Erfolgskurs



Die Vertretung der schwedischen Firma Scania CV AB – die Scania Latvia – meldete im vergangenen Jahr einen Gesamtumsatz von 29.304 Mio. Lats (41.7 Mio. EUR). Im Vergleich zum

Vorjahr ist damit eine Umsatzsteigerung von 76.5% zu verzeichnen, was sich auch in den dreifach gewachsenen Gewinnzahlen (1,46 Mio. Lats) widerspiegelt. Der Firmenleiter Ervins Arents sagte der Nachrichtenagentur BNS, dass das Umsatzwachstum hauptsächlich auf die gestiegene Nachfrage an Nutzfahrzeugen, Bussen und LKW-s zurückzuführen sei. Im Jahre 2006 verkaufte Scania Latvia insgesamt 406 Fahrzeuge. Arents fügte hinzu, dass die Nachfrage an LKW-s für internationale Transporte und für verschiedene Bauarbeiten angepasste Spezialnutzfahrzeuge besonders schnell gewachsen sei.

Die Firma legte in diesem Jahr den Grundstein für den Bau eines neuen Kundenzentrums in Daugavpils und plant etwa 2 Mio. Lats in dieses Projekt zu investieren.

Die Firma Scania ist ein weltweit führender Hersteller von Bussen und LKW-s. Die Firma Scania Latvia wurde 1993 gegründet und sie gehört der schwedischen Scania CV AB.

Die Litauische Regierung erhöhte das Mindestgehalt



Die Litauische Regierung beschloss am Mittwoch das Minimumgehalt ab dem 1.Juli um 100 Litas, auf 700 Litas (203 EUR) zu erhöhen. Die Erhöhung wird drei Monate vor dem ursprünglich gesetzten Termin

stattfinden und den Staat zusätzliche 25 bis 35 Mio. Litas kosten. Die Regierung segnete auf ihrer Kabinettsitzung auch die Erhöhung der Stundelöhne um 14.5% auf 4.19 Litas/Stunde. Laut Angaben aus dem Statistischen Amt Litauens verdienen etwa 15% der erwerbstätigen Bevölkerung Litauens ein Minimumgehalt oder weniger.

Drogen transit in Lettland

Der Chef der Rigaer Kriminalpolizei Ints Kuzis sagte, dass Hunderte Kilos von Drogen jährlich durch Lettland fließen. Lettland sei ein Transitland für den Drogenhandel. Die Menge der im Lande bleibenden Drogen sei relativ bescheiden. Die genaue Menge der Transitdrogen sei laut Kuzis schwierig abzuschätzen. Die Polizeikräfte von anderen europäischen Staaten sind der Meinung, dass jedes Jahr nur etwa 15% der auf dem Schwarzmarkt zirkulierenden Drogen beschlagnahmt werden. „In Lettland beschlagnahmen wir jährlich ca. 10 bis 15 Kilo Drogen. Die eigentliche Menge der Drogen beträgt bestimmt Hunderte Kilos“, sagte Kuzis. Die am öftesten von Russland, über Lettland nach West-Europa fließende Droge sei Heroin. Kokain stamme aus Ländern wie z.B. Kolumbien, Venezuela und fliesse nach Estland und Russland. Eine richtige Drogenproduktion sei laut Kuzis in Lettland noch nicht entdeckt worden. „Für Drogenproduktion sind verschiedene Ressourcen notwendig. Es ist billiger, die Drogen woanders zu kaufen und zu transportieren“, sagte Kuzis. Ein Grund, warum es in Lettland keine Drogenfabriken gibt, sei laut ihm auch die erfolgreiche Arbeit der lettischen Polizei.

POLITIK

Lettland hat einen neuen Präsidenten



Mit 58 Pro-Stimmen wählte das Lettische Parlament am 31.Mai den von vier Parteien aufgestellten gemeinsamen Kandidaten Valdis Zatlers zum neuen Staatspräsidenten Lettlands.

Die noch eine Woche vor der Wahl durchgeführten Meinungsumfragen zeigten, dass Zatlers nur eine 28% Unterstützung der Letten genießt. Zur erfolgreichen Wahl des Präsidenten reichen laut lettischem Gesetz aber nur 51 Stimmen der 100 Mitglieder starken Parlaments aus. So konnte der neue Präsident gleich im ersten Wahlgang gewählt werden.

Die führende Partei der regierenden Koalition – die Volkspartei – stellte ursprünglich die Kandidatur des ehemaligen lettischen Botschafters in den USA, Maris

Riekstinsch auf. Die ebenfalls zur Koalition gehörenden Erste Partei und der Block von Lettlands Weg ernannten aber die ehemalige Kulturministerin Karina Petersone zu ihrem Kandidaten. Die restlichen Machtparteien – die Bauern und die konservative für Vaterland und Freiheit – stellten keine Kandidatur auf. Infolge dessen mussten die Parteien nach einem Kompromiss suchen. So wurde ein Kandidat vorgeschlagen, der nicht zur kommunistischen Partei gehört hatte und auch heute Mitglied keiner Partei ist. Es ist aber öffentlich bekannt, dass Zatlers den „Vater“ der Volkspartei Andris Schkele behandelt hat. Der Gegenkandidat Aivars Eindrins, der in den Umfragen eine 54% Unterstützung hatte, bekam nur 39 Stimmen.

Der neue lettische Präsident Valdis Zatlers ist am 22.März 1955 geboren. Im Jahre 1979 absolvierte er das Rigaer Institut für Medizin und arbeitete anschliessend im II. Krankenhaus der Stadt Riga als Traumethologe - Orthopäde. 1994 wurde er zum Leiter der

Rigaer Klinik für Traumethologie und Orthopädie. Zatlers ist Präsident der Assoziation der Lettischen Traumethologen und Orthopäden. Er hat öffentlich zugegeben, dass er von seinen Patienten in Briefumschlägen Geld erhalten und empfangen hat.

Valdis Zatlers war bis zu seiner Wahl zum Präsidenten Lettlands eine völlig unbekanntes Figur in der lettischen Politik. Der neue Präsident wird am 9. Juli seinen Amtseid leisten.

Das US Abgeordnetenhaus unterstützt einstimmig Estland



Das US Abgeordnetenhaus verabschiedete am Dienstag einstimmig eine, die estnisch-russischen Beziehungen betreffende, Deklaration, die eine klare Unterstützung der USA an Estland ausspricht. Die sehr sorgfältig formulierte Deklaration will Russland nicht beurteilen, sie bringt aber klar zum Ausdruck, dass Russland während der Ende April entstandenen Krise von der Zusammenarbeit mit seinem Nachbarn Estland weigerte. Vor der Abstimmung sagte der Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses am Abgeordnetenhaus Tom Lantos: „Heute zeigen wir unsere Unterstützung an unsere europäischen Freunde und wir drücken unsere Unzufriedenheit zu den gegen Estland gerichteten unbegründeten und unakzeptablen Angriffen Russlands aus.“ Das Abgeordnetenhaus hat 435 Mitglieder. An der Sitzung stimmten alle 412 anwesenden Abgeordnete für die Verabschiedung der Resolution.

Toomas Hendrik Ilves kritisierte Russland



Der estnische Staatspräsident Toomas Hendrik Ilves sagte in seiner auf der in Prag stattgefundenen internationalen Konferenz für Demokratie und Sicherheit gehaltenen Rede, dass die teilweise Isolierung Russlands eine der Möglichkeiten wäre, auf die undemokratischen Taten Russlands zu reagieren. Ilves wagte unter Zweifel zu stellen, ob Russland Mitglied solcher internationalen Organisationen wie etwa der Europäische Rat und G8 sein sollte. In seiner Äusserung deutete der estnische Präsident auf Putins Drohungen, russische Raketen auf Europa auszurichten. Ilves sagte: „Sollte das wahr sein, dass Demokratien nicht miteinander Kriege führen, dann frage ich – was zum Teufel hat ein Staat, der uns droht, seine Nuklearraketen auf Europa auszurichten, in der G8 zu suchen? Europäische Staaten sind zur Zielscheibe des virtuellen Krieges (cyber war) geworden, ihre Energielieferungen werden abgebrochen, sie werden erpresst und sie werden bestochen. Nun werden sie noch mit Raketen bedroht und wir sagen - Nein wir dürfen Russland nicht isolieren.“

Laut Ilves hat die Mitgliedschaft Russlands in der G8 und anderen ähnlichen Organisationen Russlands Handeln nicht geändert und es sei immer fragwürdiger, Russland als eine Demokratie zu bezeichnen. „Es ist bedauerlich, dass wir heute nicht über die Erweiterung der Demokratie reden können sondern über ihren Schutz reden müssen“, sagte Ilves.

Das estnische Staatsoberhaupt betonte, dass die Mitglieder der NATO und der EU daran denken sollten, was Mitglieder von demokratischen Unionen dafür tun können, dass auch jene Staaten, die nicht Mitglieder dieser Organisationen sind, sich in ihren Entscheidungen sicher fühlen können.

Die englischsprachige Version der Rede von Präsident Ilves finden man unter: <http://www.president.ee/en/duties/speeches.php>

Lettland übernimmt die Präsidentschaft im Ostseerat



Der Lettische Außenminister Artis Pabriks wird während seines auf den 12. – 13. Juni geplanten Besuches in Schweden, die Präsidentschaft des Ostseerates übernehmen. Die Pressesprecherin des Außenministers Inga Saleniece sagte, dass das Hauptziel des bevorstehenden Besuches die Teilnahme am Treffen der Außenminister der Ostseeanrainerstaaten sei.

Die wichtigsten Themenbereiche der lettischen Präsidentschaft sind die Konkurrenzfähigkeit der Ostseeregion, nachhaltige Entwicklungen in den Bereichen der Bildung, der Energiepolitik und Sicherheit. Während seiner Präsidentschaft wird Lettland auch die Führung der Arbeitsgruppen für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jugend, organisiertes Verbrechen, Energiekooperation, Zoll und im Forum der Nichtregierungsorganisationen innehaben. Zu dem wichtigsten Ereignis der lettischen Präsidentschaft gehört das im Juni 2008 bevorstehende Treffen der Premierminister, wonach Dänemark die Präsidentschaft im Ostseerat übernehmen wird.

Der Ostseerat ist eine im Jahre 1992 in Kopenhagen gegründete internationale Organisation mit dem Ziel der wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und umweltpolitischen Kooperation der baltischen Staaten und im ganzen Ostseeraum beizutragen. Als Initiatoren gelten die damaligen Außenminister Deutschlands und Dänemarks Hans-Dietrich Genscher und Uffe Ellemann-Jensen. Das Sekretariat des Ostseerates residiert in Stockholm.

Adamkus fordert ein Regierungsflugzeug



Der Litauische Präsident Valdas Adamkus sagte, dass der Staat eine Entscheidung über die Anschaffung eines Flugzeuges für Dienstreisen der Staatsführung fällen sollte. Heute fliegen die führenden Staatsmänner Litauens mit Linienflugzeugen zu offiziellen Staatsbesuchen. Adamkus zufolge sollte der Staat mehr an das Ansehen Litauens denken. Da es sich um eine teure Anschaffung handelt, möchte er aber

keinesfalls den Eindruck erwecken, dass der Kauf eines Flugzeuges aufgezwungen wird.

Nach dem Beitritt zur NATO und der EU besucht der Präsident, der ja auch die Außenpolitik des Landes verfolgt, immer öfter andere Länder. Die Vorbereitung solcher Reisen sei kompliziert, da die Terminplanung dem regulären Flugplan angepasst werden oder Charterflüge bestellt werden müssten, was sehr teuer sei. Der vor kurzem stattgefundenen Besuch von Adamkus in Portugal war besonders kompliziert, da zwischen Vilnius und Lissabon keine Direktverbindung existiert. Die bereits begonnene Urlaubszeit hat die Bestellung eines Charterflugzeuges sehr schwierig gemacht. Zwecks des Staatsbesuches in Portugal wurde von einem Tschechischen Charterunternehmen ein Flugzeug gemietet. Für den Rückflug benutzt der Litauische Präsident ein kleines Propellerflugzeug, das nicht einmal die ganze Strecke zwischen Lissabon und Vilnius in einem Stück bewältigen kann und eine Zwischenlandung eingeplant werden musste. Laut Informationen der Zeitung "Lietuvos Rytas" kostete die Flugreise nach Portugal dem Litauischen Staat 500,000 Litas (145,000 EUR).

<i>BRANCHE</i>	<i>ANZAHL AUSSCHREIBUNGEN (Wochen 22 / 23)</i>		
	<i>Estland</i>	<i>Lettland</i>	<i>Litauen</i>
Datenverarbeitung und verbundene Dienstleistungen	2	10	19
Bauwesen und Immobilien	11	38	36
Umwelt und Abwasserentsorgung	-	1	-
Materialien und Produkte	4	8	12
Technologie und Ausrüstung	9	25	54
Verkehr und verbundene Dienstleistungen	7	6	11
Finanzwesen und verbundene Dienstleistungen	-	3	2
Bergbau und Erze	-	-	-
Landwirtschaft und Lebensmittel	2	3	3
Energie und verbundene Dienstleistungen	-	3	1
Forschung und Entwicklung	1	1	-
Druck und Veröffentlichung	2	-	4
Ausbildungswesen	-	1	-
Sonstige Dienstleistungen	1	5	6

EVENTS:

11th Media Forum, June 10 – 15, 2007

for journalists from Estonia, Latvia, Lithuania, Poland, Slovakia, Slovenia, Czech Republic, Hungary and Switzerland

Regional Development and Structural Change in Switzerland

Organizer: FORUM OST-WEST, supported by

SDC/FDFA and SECO/FDEA, Federal Chancellery and

private sponsors: Bank Vontobel AG, Stadler Rail AG, ATEL, Novartis,

Model Holding AG, WIFAG, Oberhasli Hydroelectric Power Company KWO, Ringier AG,

Fraisa SA, Allianz Suisse, PubliGroupe, Lonza, DHL, FELA Planungs AG, SBB / Swiss

Travel System, Economy Department of the Canton of Valais, Office for Economy and

Labour of Zurich, Business Development Lucerne, Karl Mayer Foundation, Dr. Gustav

Tobler, Arthur Eugster as well as the city of Berne, Malév Hungarian Airlines, Czech Airlines and AirBaltic

Project director:

Dr. Georg J. Dobrovolny, Director of FORUM OST-WEST

<i>Organization:</i>	Ruth Bornhäuser, Yves Meier and Maya Fölmli Bayer
<i>Moderation:</i>	Erich Gysling , President of FORUM OST-WEST Ernst Mühlemann , former member of the National Council Helen Stehli Pfister , SF; Markus Muggin , SR
<i>Speakers:</i>	Representatives of media, government, business and politicians from Switzerland
<i>Working language:</i>	English – without translation
<i>Guests:</i>	Journalists from: Estonia, Latvia, Lithuania, Poland, Slovakia, Slovenia, Czech Republic and Hungary
<i>Themes:</i>	The program gives insight to known and unknown aspects of Switzerland as a federal country with a high level of decentralization. To avoid important income gaps between urban and rural cantons many efforts are undertaken to develop the rural areas. With agriculture in steep decline regional development councils search for innovative approaches to tourism and local business development to attract investments and create new jobs. The role of private industry, financing, and the banks in this process will be discussed as well as energy, environment and water (Switzerland as a water storehouse). The Lötschberg base tunnel is 34.6 km long and was build within 7 years as an important part of the New Rail Link through the Alps (NRLA) and option to the Gotthard tunnel. The official opening ceremony will take place on June 16, 2007.
<i>Main locations:</i>	Zurich, Weinfelden, Lucerne, Berne, Kandersteg, Brig, Visp Afterwards, individual programs in Switzerland for each journalist will be organized by request.
<i>Arrival:</i>	Sunday, 10th June 2007, departure on the 5th day after arrival
<i>Accommodation</i>	Walhalla Hotel, Limmatstrasse 5, 8005 Zürich
